

Bodenschätze

Gutachten zeigen Risiken der Gasförderung auf

Von unserem Redaktionsmitglied BERND EVERS

Drensteinfurt/Düsseldorf (gl). Still ist es geworden rund um das Thema Erdgassuche in NRW. Die Landesregierung hat sich für einen Aufschub ausgesprochen. Bis zur Klärung durch ein Gutachten – wohl Ende des Jahres – wird es keine Genehmigung für Probebohrungen geben. Doch hinter den Kulissen gärt das Thema weiter.

Zehn Bürgerinitiativen trommeln in NRW inzwischen gegen die Erdgasförderung. „Wir vernetzen uns immer weiter“, erklärt Stefan Henrichs, Sprecher der Interessengemeinschaft gegen Gasbohren aus Drensteinfurt. Auf internationaler Ebene suche man Gleichgesinnte: In Frankreich sei die Erdgassuche mit dem umstrittenen Fracking-Verfahren verboten worden. In Polen dagegen werde die neuartige Energiegewinnung positiv gesehen.

Auf lokaler Ebene werde es weitere Informationsveranstaltungen geben. „Wir wollen das Thema nicht einschlafen lassen“, betont Henrichs.

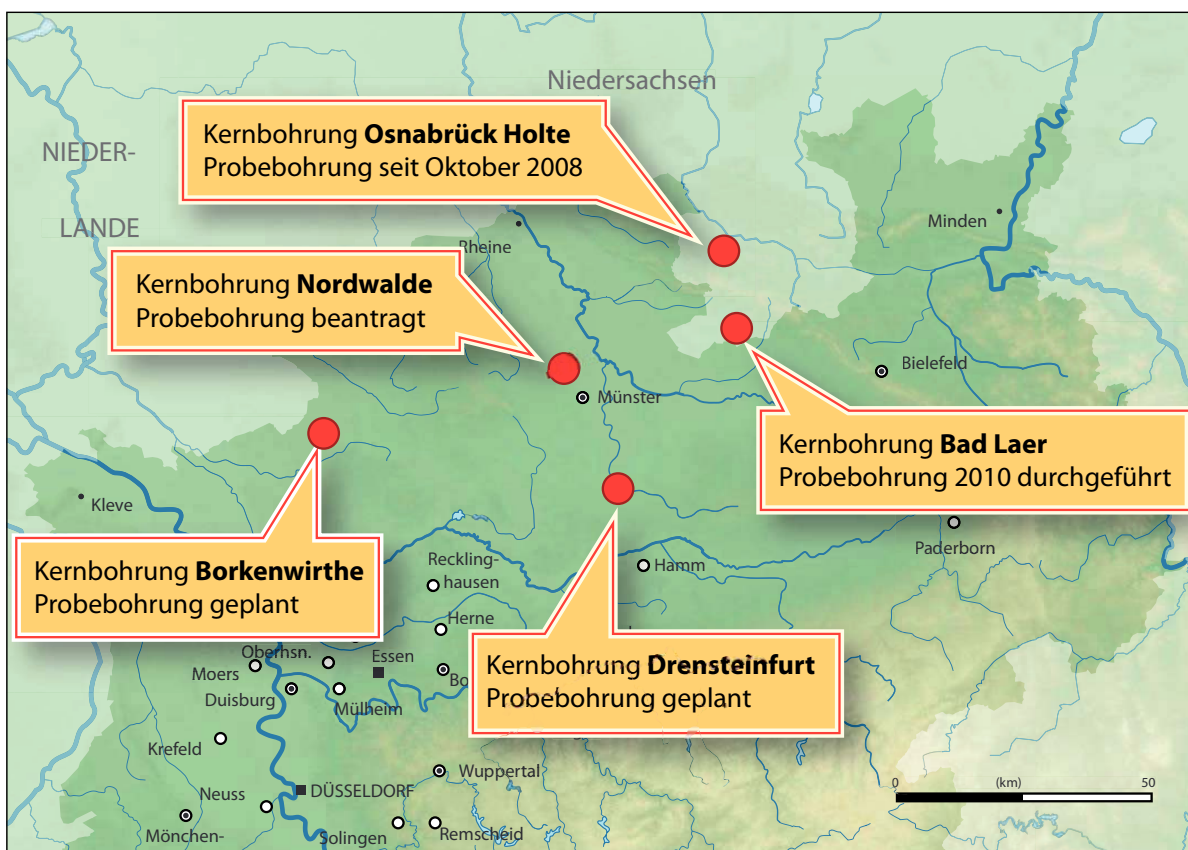
Die an der Erdgassuche beteiligten Energiekonzerne wünschen sich dagegen wohl nichts lieber als ein Abflauen der heißen Diskussion. Beispiel Exxon: Der US-amerikanische Energiemulti war im Herbst 2010 mit einem Antrag auf eine Probebohrung in Nordwalde (Kreis Steinfurt) vorgeschritten –

und wurde vom folgenden Proteststurm kalt erwischt. Klüger haben sich andere Gesellschaften verhalten, etwa die Stadtwerke Hamm, die Bohrrechte in der Größenordnung von 319 Quadratkilometern rund um Hamm haben. Die HammGas habe noch keine Pläne für Probebohrungen; zudem setze man auf enge Bürgerbeteiligung, heißt es.

Exxon hat inzwischen einen sogenannten unabhängigen Expertenkreis bestehend aus Toxikologen, Geologen und Biologen eingerichtet. Acht Fachleute sollen so umfassend wie noch nie zuvor die Chancen und Risiken der Erdgassuche erörtern – finanziert mit einem Etat von einer Million Euro aus der Firmenkasse des Energiekonzerns. Bürgerinitiativen sehen in dem Kreis nichts weiter als ein Feigenblatt – was Exxon und auch die Experten natürlich weit von sich weisen.

Parallel dazu wird der grüne NRW-Umweltminister Johannes Remmel im Juli ein Gutachten zur Umweltverträglichkeit der Erdgassuche veröffentlichen. „Probebohrungen werden erst genehmigt, wenn Ergebnisse dieses Gutachtens vorliegen“, bestätigt das zuständige Wirtschaftsministerium.

Werden die Gutachter der Landesregierung Erkenntnisse der Exxon-Experten berücksichtigen? „Das kann ich mir nicht vorstellen“, erklärt ein Sprecher des Umweltministeriums auf „Glocke“-Anfrage.



Goldgräberstimmung in der Region: Energiekonzerne suchen in Nordrhein-Westfalen nach Erdgas. Bis ein Gutachten der Landesregierung die Umweltverträglichkeit bestätigt hat, wird es keine Genehmigungen für Probebohrungen geben. Grafik: Martsch

„Bergrecht muss geändert werden“

Gelsenkirchen (gl). Nicht nur der Bürgerwille richtet sich gegen mögliche Bohrungen nach Erdgas. Mit zu den profiliertesten Stimmen gegen die neuartige Energiegewinnung gehört Dr. Manfred Scholle, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, einem der größten Trinkwasser-Unternehmen Deutschlands. „Ich verlange die gesetzliche Änderung des Bergrechts“, sagte

Scholle in einem Interview. Die aktuelle Gesetzgebung stamme aus dem vergangenen Jahrhundert und berücksichtige nicht den aktuellen Stand der Technik. Nötig sei eine gesetzlich zwingend vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung.

Scholle fürchtet – wie auch alle anderen Bohrungsgegner – die Verschmutzung des Trinkwassers durch die Gasbohrungen. „Unser

Wasser ist in hohem Maß gefährdet“, sagte der Manager. Er spricht sich insbesondere gegen die Technik des Frackings aus: „Das ist nicht umweltverträglich“, sagte Scholle.

Der Gelsenwasser-Chef fordert zudem eine klare Positionierung der Politik: „Der Landtag ist gefordert.“ In Baden-Württemberg etwa habe die Politik das Fracking untersagt.

Versorger teilen NRW unter sich auf

Kreis Gütersloh/Kreis Warendorf (be). Insgesamt 20 Gebiete sind in NRW für mögliche Gasbohrungen abgesteckt: Knapp 18 000 Quadratkilometer und damit fast die Hälfte des Landes umfasst die Fläche, die 2005 von der schwarz-gelben Regierung an interessierte Unternehmen verteilt wurden. Das größte Gebiet – Nordrhein-Westfalen Nord – mit einer Fläche von 6600 Quadratkilometern hat sich Exxon gesichert. Es reicht von Borken bis Höxter und umfasst fast unter anderem den gesamten Kreis Warendorf und Teile des Kreises Gütersloh. Ein Konsortium rund um die Stadtwerke Hamm besitzt Rechte an vier Feldern, darunter auch das Gebiet Hellweg (84 Quadratkilometer groß), das fast ganz Ahlen und einen Teil Drensteinfurts abdeckt.

Stichwort

Fracking

Das Erdgas befindet sich in NRW nicht in großen Kammern, sondern es ist tief unter der Erdoberfläche in Ton-, Sandstein-, Schiefer- oder Flözschichten gebunden. Um das Gas aus dem Gestein zu lösen, wird unter hohem Druck eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien in das Bohrloch gepresst. Mit Hilfe des umstrittenen Frackings (vom englischen to fracture, „aufbrechen“) werden Risse im Gestein erzeugt, durch die das Gas abgesaugt werden kann. Kritiker fürchten, dass die verwendeten Chemikalien in das Grundwasser gelangen könnten. (be)

Bilfinger-Berger

Koch kauft zum Amtsantritt Aktien

Mannheim (dpa). Der neue Bilfinger-Berger-Chef Roland Koch (Bild) hat zu seinem Amtsantritt am vergangenen Freitag die ersten Aktien des MDax-Konzerns gekauft. Wie aus einer am Montag verbreiteten Pflichtmitteilung hervorgeht, kaufte der ehemalige hessische Ministerpräsident 730 Bilfinger-Aktien zum Preis von je 68,27 Euro und damit für insgesamt knapp 50 000 Euro. Koch hatte am Freitag die Leitung des Konzerns von seinem Vorgänger Herbert Bodner übernommen.



Elektronik

Medion begrüßt Angebot aus China

Essen (dpa). Vorstand und Aufsichtsrat des Essener Aldi-Lieferanten Medion haben den Aktionären eine Annahme der Übernahme-Offerte des chinesischen PC-Spezialisten Lenovo empfohlen. Das den Aktionäre vorgelegte Angebot sei „fair und angemessen“, heißt es in der gestern in Essen veröffentlichten Stellungnahme des Elektronikunternehmens. Lenovo hatte in einem am vergangenen Dienstag vorgelegten Angebot den Aktionären 13 Euro je Aktie in bar geboten. Das Angebot läuft bis zum 1. August.

Griechenland-Rettung

Banken-Beteiligung bleibt Zankapfel

London/Athen/Brüssel (dpa). Die Verhandlungen über eine Beteiligung der Banken an dem nächsten Griechenland-Hilfspaket werden weiter von Störfeuern aus dem Kreis der mächtigen Ratingagenturen überschattet. Die Agentur Standard & Poor's (S&P) warnte gestern davor, dass ausgewählte griechische Anleihen mit dem Urteil „Zahlungsausfall“ („selective default“) versehen würden, sollte es zu dem von französischen Banken entwickelten „Pariser Modell“ kommen.

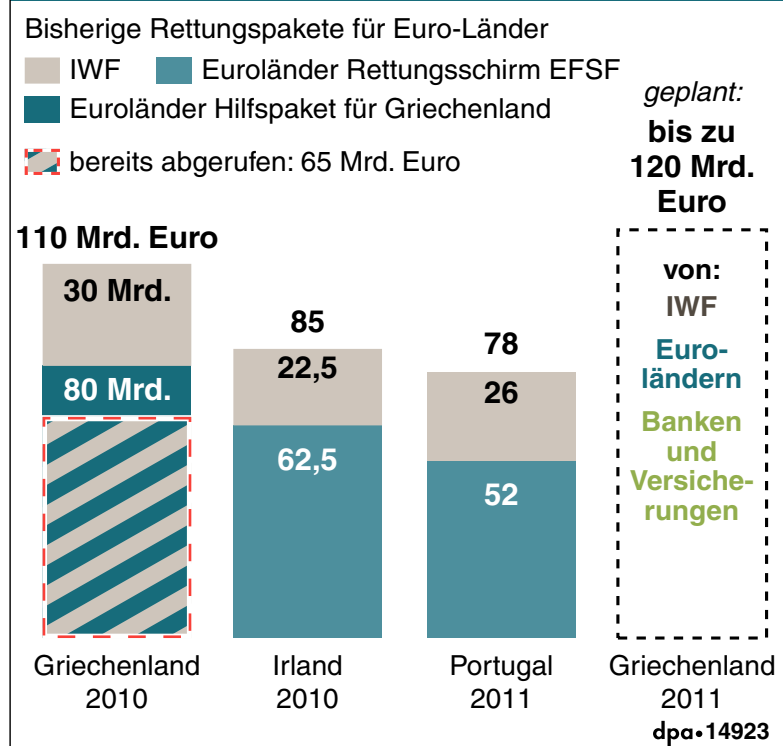
„Nach unserer Ansicht führt jede der beiden Finanzierungsoptionen, die im Vorschlag der Federation Bancaire Francaise (FBF) beschrieben sind, nach unseren Kriterien wahrscheinlich zu einem Zahlungsausfall“, heißt es in der Mitteilung von S&P. Weder die EU-Kommission in Brüssel noch die Bundesregierung wollten dazu gestern einen Kommentar abgeben. Ein „Zahlungsausfall“ gilt als schwer kalkulierbares Risiko für das Finanzsystem,

weil dann auch Kreditausfallversicherungen (CDS) in unbekannter Höhe fällig würden.

Die Kommission pocht allerdings auf baldige Vereinbarungen für ein neues Hilfspaket. Das nächste reguläre Treffen der Euro-Finanzminister am 11. Juli müsse konkrete Ergebnisse dazu bringen, sagte ein Sprecher von EU-Währungskommissar Olli Rehn.

Derweil muss sich das krisengeschüttelte Griechenland nach der Verabschiedung eines drastischen Sparprogramms auf weitere Einschränkungen einstellen. Griechischen Medienberichten vom Montag zufolge heißt es in einem Memorandum der EU-Kommission, Athen solle bis Mitte August ein Programm zur Schließung mehrerer staatlicher Versorgungsunternehmen vorlegen. In anderen Staatsbetrieben sollten die Mitarbeiterzahlen reduziert und die Gehälter den Löhnen in der Privatwirtschaft angeglichen werden. **Kommentar**

Neue Hilfe für Griechenland?



Bis zu 120 Milliarden Euro umfasst das zweite Rettungspaket für Griechenland. Aus dem ersten Rettungspaket von IWF und Euroländern hat das Krisenland bereits 65 Milliarden Euro abgerufen.

Konjunktur

Autoindustrie fährt auf Rekorde zu

Berlin (dpa). Trotz hoher Benzinpreise ist die Kauflaune der Autofahrer in Deutschland ungetrübt. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) erwartet für die Produktion und den Export von Personwagen Rekordzahlen in diesem Jahr. Er bekräftigte zugleich seine Prognose von mehr als 3,1 Millionen Pkw-Neuzulassungen im Inland in diesem Jahr. „3,3 Millionen halte ich für übertrieben“, präzisierte VDA-Präsident Matthias Wissmann gestern in Berlin. Im ersten Halbjahr wurden 1,62 Millionen Autos in Deutschland abgesetzt, 10,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Leserbrief

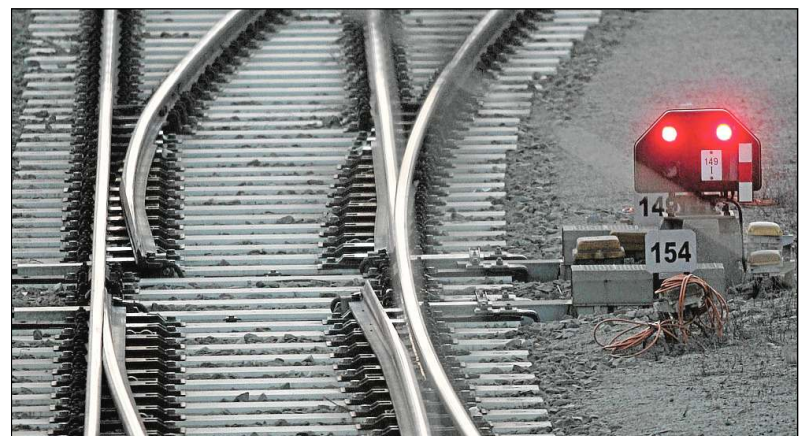
„Keine Alternative zur Kernenergie“

Zu dem Bericht „Bundestag billigt Atomausstieg mit großer Mehrheit“ in der „Glocke“ vom 1. Juli schreibt Hans Deppe aus Gütersloh:

„Unser Atomausstieg betrifft nur die friedliche Nutzung. Das ist in Wahrheit ein Ausstieg von Frieden und Nutzen. Wie jeder weiß, sind unsere Vorräte an Erdgas und Erdöl bald erschöpft. Wind- und Sonnenenergie sind Schmarotzer. Sie benötigen ein leistungsfähiges Netz, welches die witterbedingten Schwankungen kompensiert und regelt. Schon jetzt werden dabei Grenzen erreicht. Wird diese Basis aber weiter verringert, dann lässt sich eine geregelte Stromversorgung nicht mehr gewährleisten. Wenn die Energiewende scheitern sollte – was ich glaube – und der Leidensdruck in der Energieversorgung die Schmerzgrenze überschreitet, dann wird man erkennen, dass es zur Kernenergie keine Alternative gibt.“

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Wir behalten uns vor, Zuschriften abzulehnen. Je kürzer Sie sich fassen, umso größer ist die Abdruckchance. Bitte überschreiten Sie die Zahl von 1500 Zeichen nicht. Ihre Zusendung erreicht uns am schnellsten als E-Mail. Geben Sie bitte Name, Adresse und Telefonnummer an.

Ländervergleich



Deutschland steckt nach einer gestern vorgestellten Untersuchung im europäischen Vergleich zu wenig Geld in sein Schienennetz.

Zu wenig in Bahnnetz investiert

Berlin (dapd). Deutschland steckt im europäischen Vergleich zu wenig Geld in sein Schienennetz. Es investierte 2010 pro Bürger 53 Euro in die Bahn-Infrastruktur, wie aus einer gestern veröffentlichten Aufstellung der Beraterfirma SCI Verkehr und des Lobbyverbands Allianz pro Schiene hervorgeht.

An der Spitze der Investoren liegt die Schweiz mit 308 Euro pro Bürger, gefolgt von Österreich mit 230 Euro. Die beiden Alpenländer stecken seit Jahren höhere Summen in ihre Schienennetze

als in ihre Straßeninfrastruktur. Dazu gehört allerdings auch der Hinweis, dass Schieneninvestitionen aufgrund der geografischen Gegebenheiten in den Alpen per se teurer sind als im Flachland. Großbritannien (125 Euro pro Bürger), Spanien (114), Italien (99) und Frankreich (90) liegen ebenfalls deutlich höher als Deutschland.

Der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege, warf der Bundesregierung vor, seit Jahren „um ein Vielfaches mehr Geld in die Straße als in die

Schiene“ zu investieren. Er forderte eine schnelle Aufstockung der staatlichen Mittel auf fünf Milliarden Euro jährlich für das deutsche Schienennetz. Zurzeit sind es 4,5 Milliarden Euro.

„Gemessen an seiner Wirtschaftskraft verliert Deutschland den Anschluss innerhalb seiner Liga“, sagte auch Lars Neumann von der Beraterfirma SCI Verkehr. Seinen Angaben zufolge erreicht das Investitionsvolumen des Bundes in die Schiene nur 81 Prozent dessen, was in die Straße gesteckt wird.